



Die Stadtverordnetenversammlung
 - Ausschuss für Finanzen und
 Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 33.3 der öffentlichen Sitzung am 15. November 2023

Vorlagen-Nr. 23-F-63-0106

Einsparungen im Verwaltungsvollzug

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2023 -

Die aktuellen Haushaltsberatungen sind von einem hohen Konsolidierungsdruck geprägt, welcher insbesondere durch eine sprunghaft gestiegene Inflation, einen außergewöhnlich hohen Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, einem deutlich gestiegen Zinsniveau, teilweise gravierenden Engpässen in der Beschaffung und infolge des Fachkräftemangels stark erhöhten Aufwendungen bei der Personalbewirtschaftung bedingt ist.

Die Lasten der Konsolidierungen dürfen nicht einseitig den Bürgerinnen und Bürgern sowie der heimischen Wirtschaft in Form von Leistungseinschränkungen sowie der Erhöhung von Beiträgen, Gebühren und Steuern aufgebürdet werden. Vielmehr ist es eine der vornehmsten Aufgaben der Verwaltung Einsparpotentiale zu suchen, zu realisieren sowie Synergien zu heben.

Dies soll in den folgenden Jahren, teilweise auch bereits im nächsten Haushaltsjahr, im Rahmen in einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen und Projekten geschehen. Diese sind teilweise bereits heute monetär bezifferbar, vielfach jedoch in Bezug auf ihre finanzielle Auswirkung noch unklar.

Darüber hinaus bzw. gerade deswegen gilt es bereits im kommenden Haushaltsvollzug Einsparungen zu verwirklichen. Konkret werden deswegen drei Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Eine 5%ige Kürzung auf allen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, mit Ausnahme jener Ausgabengruppen, die Kraft Natur der Sache nicht kurzfristig kürzbar sind (insb. Mieten, Nebenkosten, Lizenzen, etc.). Ausgenommen wurden zudem die Budgets der Ortsbeiräte und Schulen.
2. Eine 5%ige Kürzung auf Strom, Gas, Fernwärme und Heizöl. Neben einer Kostenreduktion soll so auch ein aktiver Beitrag zur Reduzierung der CO2-Emmissionen der Landeshauptstadt Wiesbaden erreicht werden.
3. Eine Einsparung von 1,8% der Personalkosten.

Überschlägige Berechnungen haben daraus folgende Einsparpotentiale ermittelt:

5% Kürzung auf Sach- und Dienstleistungen	4,8 Mio. EUR
5% Kürzung auf Energiebezug	0,6 Mio. EUR
1,8% Kürzung auf Personalkosten	6,1 Mio. EUR
Summe	11,5 Mio. EUR

Eine exakte Berechnung ist jedoch naturgemäß erst möglich, wenn die Liste der Weiteren Bedarfe verabschiedet wurde. Daneben gilt es, die bereits beplanten Ausgaben sorgfältig zu prüfen und zu priorisieren.

Im Ergebnis können so durch

Absetzungen aus EHH und FFF	10,6 Mio. EUR
------------------------------------	----------------------

weitere Beiträge der Stadtverwaltung zur Konsolidierung generiert werden.
Beide Positionen ergeben zusammen einen Beitrag der Stadtverwaltung zur Ergebnisverbesserung von 22,1 Mio. EUR.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

- I. Der Magistrat wird gebeten zum Ende der Beratungen im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen im Haushaltsplan 2024
 1. eine 5%ige Kürzung auf den in der Anlage 1 aufgeführten Sachkonten,
 2. eine 5%ige Kürzung auf den Sachkonten 605100, 605200, 605300 und 605400 (Strom, Gas, Fernwärme, Heizöl),
 3. eine 1,8%ige Kürzung auf die Personalaufwendungen vorzunehmen.
- II. Die Kürzung zu I.1 soll sich nur auf die im Kämmererentwurf aufgeführten Beträge beziehen; die Kürzungen zu I.2 und I.3 sollen hingegen zusätzlich auch die Ergebnisse der Beratungen des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen umfassen.
- III. Der Magistrat wird gebeten, im Haushaltsplan 2024 die in der Anlage 2 aufgeführten Budgetpositionen zu entfernen.

Beschluss Nr. 0352

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2023 wird angenommen.

Tagesordnung II Haushalt

Wiesbaden, .11.2023

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender